

■ Die Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) zum 1.12.2011 haben die Chancen für schulische LeiharbeiterInnen auf Übernahme in staatliche Beschäftigung sowie für mehr Sicherheit, bessere Bezahlung und Altersversorgung erhöht.

Bisher bestehen für viele dieser »prekär« bei verschiedenen Trägern Beschäftigten Benachteiligungen beim Kündigungsschutz. Außerdem sind die tariflichen Vergütungen oft nicht identisch und schlechter als für

Altersversorgung VBL des öffentlichen Dienstes besteht meist nicht. Deshalb fordert die GEW schon lange die Übernahme dieser für die Schulen dauerhaft notwendigen LeiharbeiterInnen in staatliche Beschäftigung, zumindest aber gleiche Arbeitsbedingungen. Nach dem AÜG gilt das Prinzip der Gleichbehandlung (equal treatment) und gleicher Bezahlung (equal pay).

Nach der Änderung des AÜG am 01.12.2011 sind nun auch nicht-gewerbmäßige Entleihbetriebe, z.B. die Schulvereine oder die Stadtteilschule wie kommerzielle Verleihunternehmen zu behandeln. Sie müssen bei der Arbeitsagentur eine Erlaubnis dafür einholen, dass sie Personal an die Schulen »verleihen« und der Aufsicht durch Schulleitungen u.a. unterstellen. Wenn sie das nicht tun, so werden die LeiharbeiterInnen automatisch Stadtbedienstete.

In Bremerhaven sind die ca. 160 schulischen LeiharbeiterInnen bei der »Schule für alle« GmbH beschäftigt, die keine Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung eingeholt hatte. Diesen KollegInnen hat der Magistrat

ihre Beschäftigung bei der Stadt öffentlich zugestanden. Schuldezernent Michael Frost (Grüne) möchte die »Schule für alle« GmbH erhalten und versucht, »eine Lösung dafür zu finden.« Dafür »müssten den Beschäftigten die gleiche Sicherheit und die selben Konditionen wie im Magistratsdienst angeboten werden«, so der Dezernent. Dabei gehe es vor allem um den Abschluss einer betrieblichen Altersversorgung. Außerdem soll den Mitarbeitern zugesichert werden, dass sie in den städtischen Dienst übernommen werden, falls die Gesellschaft einmal aufgelöst werden sollte. Die Aufgaben der in den stadtbremischen Schulen beschäftigten LeiharbeiterInnen sind ähnlich wie in Bremerhaven, ihre Arbeitsbedingungen ebenso – teilweise bei kleinen Vereinen sogar schlechter. Erlaubnisse für die Arbeitnehmerüberlassung bestehen zumeist nicht. Deshalb fordert die GEW vom Bremer Senat die Übernahme dieser Beschäftigten sowie gleiche Beschäftigungsbedingungen und Bezahlung.

Stichwort: Arbeitnehmerüberlassungsgesetz für LeiharbeiterInnen an den Schulen

die im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Die zusätzliche betriebliche

Denkmal aktiv

■ »denkmal aktiv – Kulturerbe macht Schule«, so lautet das Motto, unter dem die Deutsche Stiftung Denkmalschutz und ihre Partner seit 2002 bundesweit schulische Projekte zu den Themen Kulturelles Erbe und Denkmalschutz fördern.

Das von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz initiierte Programm bietet weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I und II sowie Einrichtungen der Lehreraus- und fortbildung den

Rahmen für alters- und schulformgerechte Projekte zur kulturellen Bewusstseinsbildung von Kindern und Jugendlichen.

Ob im Unterricht, in Form von schulischen Arbeitsgemeinschaften oder als Ganztagsangebot, im Verlauf von »denkmal aktiv«-Projekten erkunden Schülerinnen und Schüler das kulturelle Erbe in ihrer Region und lernen überdies Möglichkeiten kennen, sich für den Erhalt von Kulturdenkmälern zu engagieren. Dabei werden die Schulen, die an »denkmal aktiv« teilnehmen, mit jeweils rund 2.000 Euro

unterstützt.

Ab sofort können sich interessierte Schulen um Teilnahme an »denkmal aktiv«

im Schuljahr 2013/14 bewerben.

Die Ausschreibungs- und Bewerbungsunterlagen stehen unter www.denkmal-aktiv.de zum Download zur Verfügung und werden auf Wunsch auch per Post oder per E-Mail zugeschickt.

Bewerbungsschluss ist 13. Mai 2013. und Berufsschulen.

34. Pfingsttreffen schwuler Lehrer

■ Vom 17. bis zum 20. Mai 2013 findet im Waldschlösschen bei Göttingen das deutschlandweite Pfingsttreffen schwuler Lehrer zum 34. Mal statt. Kollegen aus allen Bundesländern, vom Studenten über den Lehramtsanwärter bis hin zum Pensionär, aus der Stadt und vom Land, von Grundschulen bis Hochschulen kommen zusammen, um sich über ihre Situation als (un-)geoutete Lehrer an Schulen aus-

zutauschen und sich untereinander zu vernetzen. Es wird neben den traditionellen Gesprächsrunden zu der individuellen Situation der Teilnehmer in den Schulen u. a. Workshops zu Themen wie Homosexualität und Religion, Lesben und Schwule in Schulbüchern oder Schwulsein im Sport geben. Es werden aber auch Kurse zur Stressbewältigung und Entspannung, zum Stimmtraining oder zur gewerkschaftlichen Vernetzung innerhalb und zwischen den Bundesländern angeboten. Ergänzt wird

alles durch ein buntes Rahmenprogramm, welches von Frühspport über Filmabende, den Eurovision Song Contest und Theater bis hin zu einer Party reicht. Jahr für Jahr bietet das Pfingsttreffen einen Rahmen für einen individuellen Austausch, gewerkschaftliche Vernetzung und bildungspolitische Arbeit in Bezug auf das Thema Homo- Bi- und Transsexualität im Kontext Schule an einem tollen Ort mitten in Deutschland.

Die Teilnahme kostet 202 Euro. Anmeldungen erfolgen direkt über das Waldschlösschen